



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/131 - 10. Juni 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 038 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Soldaten des halben Deutschland (II und Schluß)	S.1
Verwirrung bei der KP Italiens	S.3
Die Reaktion in Pankow	S.5

## Leere Worte

von Fritz Erler M.d.B.

Seit Jahren hat die Bundesregierung behauptet, nichts läge ihr ferner als der Aufbau einer Armee, die nur die Armee der Regierungskoalition oder gar der CDU sei. Seit Jahren wurde dem deutschen Volke versichert, künftige deutsche Streitkräfte würden angesichts der Lehren einer schmerzlichen Vergangenheit kein Staat im Staat werden, sondern einwandfrei unter ziviler Leitung und parlamentarischer Kontrolle gestellt. Und seit Jahren wurde versichert, dass bei aller notwendigen Härte der Ausbildung der Kommissgeist von einst der Vergangenheit angehört und auch die Arme Respekt vor der Würde des Soldaten und seiner Persönlichkeit zu zeigen hätte.

Alle diese Erklärungen sind mit dem Freiwilligengesetz praktisch über Bord gegangen. Die parlamentarische Kontrolle hätte doch damit anzufangen, dass das Parlament die Grundlagen der künftigen Streitkräfte schafft. Stattdessen will sich die Regierung einen Blankoscheck geben lassen, mit dessen Hilfe sie allein die Organisation, die Spitzengliederung und die Personalauswahl in der Hand hätte. Was nützen alle Versicherungen über einen Personalausschuss, wenn die Regierung mit dem Freiwilligengesetz die Vollmacht zur Einstellung von Soldaten und Offizieren bis zu den höchsten Rängen erhält, ohne dass es den Personalausschuss bisher auch nur gibt?

Nach den Erfahrungen mit der Personalpolitik des Auswärtigen Amtes dürfte ausserdem ein solcher Ausschuss nicht von der Gnade der Bundes-

regierung abhängig sein, sondern müsste eine gesetzliche Arbeitsgrundlage haben, die ihn in der Zusammensetzung und in der Wirkungsweise unabhängig von der Regierung und ihrem Militärapparat macht. Was nützen die früheren Erklärungen über demokratische Prinzipien in der inneren Gestalt der Wehrmacht und die Rechtsstellung des Soldaten, wenn das Freiwilligengesetz alle diese Fragen einfach offenlässt und damit zur Disposition der Regierung stellt? Was nützen feierliche Erklärungen, wenn mit dem ersten Gesetz geradezu symbolisch einmütige Willenserklärungen des zuständigen Bundestagsausschusses einfach in den Wind geschlagen werden? Im Bundestagsausschuss hatte man sich dahin geeinigt, dass es angesichts des millionenfachen Misbrauchs des Eides in den letzten Jahrzehnten für künftige deutsche Streitkräfte keinen Eid, sondern anstelle des Eides eine feierliche Verpflichtung geben sollte. Diese Debatten wurden behandelt, als hätten sie nie stattgefunden. Die Regierung präsentiert in ihrem neuen Gesetz den Eid, ohne von dieser Absicht vorher auch nur das geringste verlauten zu lassen. Schon dieses Beispiel zeigt, welche Missachtung die Regierung Dr. Adenauer gegenüber den klaren Willensäußerungen der Parlamentsorgane hat.

Die bloße Einführung der Wehrpflicht im Grundgesetz klärt noch lange nicht die Rechtsstellung des Soldaten. Wenn es ernst ist um die Demokratie und um das richtige Verhältnis von bewaffneter und ziviler Macht in unserem Staat, der muss auch um der Soldaten willen verlangen, dass sie nicht erst ins Zwielficht geraten. Ihnen ist ein schlechter Dienst erwiesen, wenn der Konflikt zwischen militärischen Notwendigkeiten und Grundrechten nicht auf saubere Weise durch den Gesetzgeber gelöst wird. Wie stellt man sich denn eine funktionierende Armee vor, deren Angehörige Beamte auf Probe sind? Den offen zutage liegenden Notwendigkeiten einer militärischen Organisation ist mit dieser Vorschrift nicht genügt.

Es ist ausgeschlossen, diese Lücken einfach durch die Praxis füllen zu lassen mit der Behauptung, "aus der Natur der Sache" ergäbe sich das von selbst. Das ist die gefährlichste Begründung und macht aus dem Grundgesetz einen wertlosen Fetzen Papier. Wie soll der Staatsbürger Respekt vor dem Gesetz haben, wenn die Regierung und ihre Mehrheit keinen Respekt vor dem Grundgesetz haben, das zu wahren und zu verteidigen sie verpflichtet sind! + + +

Klarstellung: Ein Satz aus dem Leitartikel von Fritz Erler, M.d.B. vom 7.6.1955 "Gefährliche Hast" wurde sinntestellend übernommen. Der Satz muss lauten: Müssen wir jetzt in dieser Situation die provozierende Äußerung tun, dass die Einwohner der Sowjetzone zum Waffendienst in der Bundesrepublik geradezu aufgefordert werden?

Russlands Canossagang und die italienischen  
Kommunisten

PE - Rom, Anfang Juni

An den Plakatwänden Roms hängt ein farbiger Anschlag, vierteilig mit den Überschriften "Vorgestern", "Gestern", "Heute" und "Morgen". In der ersten Spalte, also unter dem "Vorgestern", steht ein Zitat aus dem kommunistischen Parteiorgan "L'Unità" vom 7. November 1946. Darin heisst es: "Seit langem hatte ich den Wunsch, Marschall Tito zu besuchen, nicht nur, um unsere alte Freundschaft zu erneuern, sondern vor allem, um ihm unsere rückhaltlose, tiefe Bewunderung auszudrücken!" Unterschrift: Palmiro Togliatti.

Die zweite, mit "Gestern" überschriebene Spalte bringt eine Karikatur ebenfalls aus der "Unità", jedoch aus einer zwei Jahre späteren Nummer. Sie stellt Tito als bluttriefenden Mordbuben dar, in der einen Hand ein Beil, in der anderen einen "amerikanischen" Gummiknüppel schwingend. Darunter ein Zitat, ebenfalls aus der "Unità" vom 9. Dezember 1949: "Tito, dieser Judas des Kommunismus, hat Jugoslawien in ein einziges Gefängnis verwandelt." Dieses Zitat stammt aus einer Rede des Marschalls Bulganin.

Die "Heute"-Spalte erfreut den Leser mit dem Anfangs- und dem Schlusssatz der Ansprache, die Grustschow bei seinem jüngsten Besuch in Belgrad auf dem Flugfeld hielt und die in der "Unità" vom 27. Mai 1955 veröffentlicht worden ist: "Lebe Genosse Tito und liebe Genossen Leiter des jugoslawischen Staates und der jugoslawischen Partei! ... Es lebe die brüderliche Freundschaft und die enge Zusammenarbeit zwischen den Völkern der Sowjetunion und Jugoslawiens!"

Unter dem Titel "Morgen" schliesslich bringt das Plakat nichts weiter als eine Fotografie Togliattis, der darauf einen recht bekümmerten Eindruck macht, und darunter ein grosses Fragezeichen.

Knapper und drastischer hätte man die Verwirrung kaum charakterisieren können, die angesichts der neuesten Moskauer Kehrtwendung gegenüber Jugoslawien heute in dem inposanten rotfarbenen Parteihaus der K.P. in der römischen Strasse namens "Via delle Botteghe Oscure" herrscht. Man hat dort, in dieser "Strasse der dunklen Buben" - die in Wirklichkeit eine moderne Grosstadtstrasse ist - in letzter Zeit allerlei Sorgen gehabt: erst den Krach mit dem Radikalen Pietro

10.6.1955

Secchia, der unsanft aus der Parteileitung ausgeschliffen werden musste, dann die schweren Niederlagen der kommunistischen Gewerkschaften bei den Betriebsratswahlen in der italienischen Industrie, schliesslich der sonderbar ausgiebige "Sonnenstich", dem Togliatti zum Opfer fiel. Zu alledem kommt jetzt als vorläufig letzter und schwerster Schlag der Janossaegang der Russen nach Belgrad.

Man kann es verstehen, wenn nicht alle italienischen Kommunisten so ohne weiteres imstande gewesen sind, die russische Gesinnungsakrobatik prompt mitzumachen. Da gibt es an der Spitze der weitgehend selbständigen K.P. der Stadt Triest einen besonders angesehenen und erprobten Mann namens Vittorio Vidali, in Parteikreisen mit dem viel-sagenden Ehrentitel "Jaguar" ausgezeichnet. Dieser "Jaguar" brachte es einfach nicht über sich, von einem Tag auf den anderen seine Fähnchen umzustecken und in den bis gestern aufs äusserste bekämpften Tito plötzlich einen untadeligen Ehrenmann zu erblicken. So geschah denn das Unerhörte: in einem Artikel in seinem Triester Parteiorgan erklärte Vidali klipp und klar, er könne das "Mea culpa", das Chruschow Tito gegenüber gesprochen hat, nicht akzeptieren. Für ihn und seine Triester Kommunisten bleibe Tito weiter ein Schädling, der die K.P. Jugoslawiens auf einen verderblichen Irrweg geführt habe.

Ein Kommunist, der eine selbständige, von den Moskauer Direktiven abweichende Meinung äussert? Das konnte, das durfte es nicht geben! Also setzte sich Davide Lajolo, einer der römischen Parteigrössen, in den nächsten Zug nach Triest, um den "Jaguar" zur Raison zu bringen. Und wirklich gelang ihm dies. Nach einigen Tagen stürmischer Diskussionen im Triester Parteihauptquartier zog der "Jaguar" die Krallen wieder ein. In einer öffentlichen Erklärung schwächte er seine Stellungnahme gegen Chruschow und Tito soweit ab, dass die Harmonie wenigstens nach aussen hin wieder einigermassen hergestellt erscheint.

Aber auch bei diesem taktischen Rückzug bewies Vidali noch immer ein für kommunistische Massstäbe erstaunliches Mass von Rückgrat. Von seiner Behauptung, dass Tito von 1947 bis gestern im Irrtum befangen gewesen sei und eine schädliche Politik betrieben habe, nahm der "Jaguar" auch in seiner neuen Erklärung kein Jota zurück. Nur setzte er hinzu, offenbar sei Tito jetzt zur Einsicht seiner Irrtümer gelangt, und somit nehme auch die Triester K.P. ihn mit Freuden wieder in die kommunistische Gemeinschaft auf.

10.6.1955

Geschwätzigkeit soll Bestürzung tarnen

B.Z. Berlin

Man muss es den Pankower Regierungs- und Parteistellen lassen, sie haben angesichts der Einladung Adenauers nach Moskau diesmal nach aussen nur für einen Tag den Faden ihrer politischen "Argumentation" verloren. Nach dem eintägigen Stillschweigen brachte die gesamte Ostpresse ausführliche Kommentare, denen aber, wie könnte es ander sein, an jedem einzelnen Punkt abzuhören war, dass sie aufgrund einer einheitlichen, sehr engen Richtlinie von oben zustande kamen. Immerhin muss festgestellt werden, dass auch 48 Stunden nach der Bekanntgabe der Kreml-Note noch kein führender SED-Politiker auch nur ein einziges Wort zu dem neuen Moskauer Vorstoss zu sagen hatte, wenn man von Fritz Eckert, dem Leiter des Ostberliner Magistrats absieht, der dem Westberliner Senat eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Berliner Stadtverwaltungen vorschlug.

Selbstverständlich müssen die SED- und ihre Satellitenzeitungen so tun, als ob es sich bei der Einladung Moskaus an Adenauer um einen der natürlichsten Vorgänge der Welt handelte. Die ersten Meldungen aus der Zone zeigen jedoch, wie sehr die SED aus ihrem agitatorischen Konzept gebracht wurde. Als am Mittwochmorgen von den Arbeitern in die Betriebe die erste Nachricht über die Moskauer Einladung an Adenauer mitgebracht wurde, gerieten, wie aus mehreren Betrieben berichtet wird, die Linientreuen ob dieser neuen "Rias-Lügenmeldung" in Wut und drohten den Verbreitern solcher Meldungen mit Bestrafung. Kurze Zeit danach mussten sich auch die empörten Funktionäre von der Wahrheit überzeugen.

Seitdem sind die SED-Funktionäre ständig den ironisch-spöttischen Fragen der Arbeiter ausgesetzt, was wohl Moskau bewegen haben könne, diesen "Verbrecher und Imperialistenknecht Adenauer" so freundschaftlich einzuladen. Die Antwort der Funktionäre besteht in dem Hinweis, dass die Sowjetunion in den Beweisen ihrer Friedens- und Verständigungspolitik bis zum Äussersten geht. - Selbst auf der Pressekonferenz der Ostberliner Zeitungen wich der Regierungssprecher allen Fragen nach der Bedeutung der Note aus.

Der vorgeschriebene Tenor, der den Ostberliner Pressekommentaren wie eine Korsettstange zur Stütze gegeben wurde, lässt sich in der in allen Artikeln enthaltenen Behauptung erkennen, dass Moskau damit die "Reihe seiner hervorragenden Erfolge für die Sache des Friedens" fortsetzte, die schon die Regelung der Österreichfrage und in dem Besuch

in Belgrad zu verzeichnen gewesen seien. Im Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" werden die Hoffnungen des Regimes auf ein glimpfliches Beworkommen aus der neuen Entwicklung angedeutet, wenn es heisst, "die Verwirklichung des sowjetischen Vorschlages würde es ermöglichen, zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik die gleichen guten gegenseitigen Beziehungen herzustellen, die bereits seit langer zwischen der Sowjetunion und der DDR bestehen. Das wäre ein ausserordentlich grosser Beitrag zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit". Man hofft in Pankow offenbar, doch noch eine ganze Zeit auf der Basis des Status quo existieren zu können. Auf der anderen Seite ist sich aber selbst das Zentralorgan der SED seiner Sache nicht so ganz sicher, schreibt es doch, der sowjetische Vorschlag habe eine "politische Wirkung und Bewegung ausgelöst, die heute in ihren Ausmassen noch kaum abzusehen sei".

Die sowjetamtliche "Tägliche Rundschau" ist weit zurückhaltender, was schon aus der Platzierung des Kommentars am Fusse der zweiten Seite hervorgeht. In einem geschichtlichen Exkurs weist die Zeitung darauf hin, dass doch eigentlich der Frieden in Europa immer dann gesichert gewesen sei, wenn freundschaftliche Beziehungen zwischen Deutschland und Russland bestanden hätten. Nach dem Befreiungskrieg<sup>en</sup> habe bis in die Zeit Bismarcks, d.h. bis zum Auftauchen pangermanistischer imperialistischen Abenteurer, dieses freundschaftliche Verhältnis geherrscht. Da die "Tägliche Rundschau" zitiert sogar Bismarck selbst mit seinem Ausspruch "Lasst den Faden nach Russland nicht abreiessen". Ohne freilich konkretere Vorstellungen über die Art und Weise einer Verbesserung der Möglichkeiten zu einer Wiedervereinigung Deutschlands darzulegen, beschränkt sich der sowjetrussische Kommentar auf die Feststellung, dass eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Bonn und Moskau ein "politisches Klima schaffen würde, in dem die Frage der Wiedervereinigung ihrer Lösung näher gebracht werden könnte."

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler